

Politische Heberluft.

Die Wahlen in Nordamerika.

Die Wahlen, die morgen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika stattfinden werden, haben beinahe bereits eine vorläufige Wirkung dadurch ausgeübt, daß sie die Verteilung des Kohlenarbeiterstreiks wesentlich beschleunigt haben. Zwar sind die Abmachungen des Schiedsgerichts noch lange nicht erledigt, allein der Streikfall ist insofern aus der Welt geschafft, als beide Parteien versprochen haben, sich dessen Entscheidungen zu fügen. Sollten die Grubenbesitzer nachträglich diese Abmachung nicht gelten lassen wollen, so wird ihnen der Vorwurf einer beispiellosen kapitalistischen Verfaßtheit nicht erspart bleiben. Es bliebe alsdann für ihre Taktik nur die Deutung übrig, daß sie sich scheinbar in die Notwendigkeit des Schiedsgerichts gefügt haben mit dem geistlichen Vorbehalt, mit diesem Trick der nachteiligen Beeinflussung der Wahlen durch die Erbitterung über den Streik auszuweichen. So viel geschäftlichen Neutismus würde selbst das robuste Gewissen der Amerikaner kaum ertragen.

Die Wahlen werden ein Prüfstein sein für die Stärke der Antitrustbewegung, deren Programm hauptsächlich in der Forderung einer Tarifreform gipfelt. Unter dem Hochschutzhystem des Mc Kinley-Tarifs und des Dingley-Tarifs hat die junge amerikanische Industrie nicht nur ein tropisches Wachstum gezeitigt, sie ist auch widerstandsfähig der Konzentration der Betriebe und noch mehr des Kapitals anheimgewallen. So richtet sich die in Nordamerika sehr populäre Antitrustbewegung in erster Linie gegen den Hochschutzzolltarif als die Quelle des Übels, zumal die Forderung einer Verstaatlichung einiger Nischenindustrien dort alle möglichen Vorurteile gegen sich hat. Das Evangelium von der absoluten gewerblichen Freiheit hat so dort bis jetzt sogar die Uebernahme des Post- und Eisenbahnwesens durch den Staat zu verhindern gewußt.

In 12 Staaten sind morgen Kongressmitglieder zu wählen, und in 21 Staaten sind Staatsbeamte zu bestimmen. Man prophezeit eine starke Abbröckelung von der republikanischen Mehrheit und eine beträchtliche Verstärkung der demokratischen Opposition, zumal die Mandatvermehrung, die infolge des Anwachsens der Bevölkerung notwendig geworden ist, überwiegend den westlichen Provinzen zu gute kommt, wo die Bewegung zu Gunsten der Tarifrevision am stärksten ist. Aber auch in den östlichen Staaten haben die Demokraten diesmal bessere Aussichten, seit sie sich mit den Arbeitervereinen verbunden haben, und die populistische Bewegung, die eine starke sozialistische Unterströmung hat, aus dem letzten Kohlenarbeiterstreik starke Nahrung zu ziehen gewußt hat.

Es ist in der traditionellen politischen Entwicklung Nordamerikas mit begründet, daß die Arbeiterschaft, die soeben einen schlagenden moralischen und materiellen Erfolg in ihrem Nischenstreik errungen hat, deren gewerkschaftliche Organisation sich der Uebermacht des vertrusteten Kapitals in glänzender Weise gewachsen gezeigt hat, die auf der Hand liegenden Konsequenzen für den politischen Kampf nicht zu ziehen weiß. Die scharfe Scheidung zwischen wirtschaftlichen Kämpfen und dem politischen Parteikampf, die in der nordamerikanischen Arbeiterschaft politisches Glaubensbekenntnis ist, hat bisher die gewaltigen Massen der Arbeiter-Wähler nur im Troß der bürgerlichen Parteien erscheinen lassen. Ob die sich mit Niesenschritten vollziehende Aufspaltung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit hier in absehbarer Zeit Wandel schaffen wird, bleibt abzuwarten. Ueberlieferung und Gewohnheit treten hier auch innerhalb der Arbeiterschaft als politische Trägheitsmomente auf, die erst durch gewaltige Kraftanstrengung überwunden werden können. Eine solche Niesenanstrengung aber wird den amerikanischen Arbeitern früher oder später einmal aufgedrängt werden.

Carnegie über Deutschlands Lohnverhältnisse.

Das Wolffsche Bureau hat sich besitz, diejenige Stelle aus Carnegies Rektoratsrede zu telegraphieren, die in patriotischen Kreisen Deutschlands auf Beifall rechnen konnte. Allein die Rede enthält auch, wie uns aus London geschrieben wird, einige Stellen, die man in denselben Kreisen nicht gerne hören dürfte. Carnegie meint, daß der Militarismus Deutschlands viele der besten Elemente nach

Amerika treibt. Er hatte noch andere Ursachen im Auge, wahrscheinlich die politische Unfreiheit. Denn er sagt: „Konstitution und andere Ursachen“ trieben viele Tausende von Deutschen nach den Vereinigten Staaten. Hr. Schwab, der Präsident des Stahltrusts, „verließ sein Vaterland größtenteils aus diesen Beweggründen“ (S. 19 und 20). Carnegie erklärt noch: „Es sind nicht die niedrigsten, sondern die höchsten Löhne im Verein mit guter Verwaltung und Maschinerie, die die billigsten Waren erzeugen. Manche der wichtigsten Waren, die in England, Deutschland und Amerika fabriziert werden, stellen sich am billigsten in Amerika, wo die höchsten Löhne gezahlt werden.“ (S. 22.)

Die Nationalratswahlen in Zürich.

Die Nationalratswahlen im ersten eidgenössischen Wahlkreis, schreibt uns unser schweizerischer eh.-Korrespondent, haben in der Presse, und zwar auch in der deutschen Presse, zu kommentaren Anlaß gegeben, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Zunächst ist die Darstellung unrichtig, als ob das Resultat dieser Wahlen eine „geradezu niederschmetternde Niederlage“ der sozialdemokratischen Partei bedeute. Zu dieser Behauptung, die in einer Reihe deutscher Blätter zu finden war, hat sich nicht einmal die Neue Zürcher Zeitung verstoßen. Sie hat im Gegenteil resigniert festgestellt, daß nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die bürgerlichen Stimmengruppen gegenüber 1899 zurückgegangen sind. Sie ist sogar noch weiter gegangen und hat erklärt, die sozialdemokratischen Kandidaten hätten zweifellos „einige Tausend Stimmen mehr“ gemacht, wenn die Parteien mit reinen Parteilisten in den Kampf gegangen wären. Die sozialdemokratische Partei hatte nämlich diesmal die Taktik eingeschlagen, so viele bürgerliche Kandidaten auf ihre Liste zu nehmen, als die bürgerlichen Parteien sozialdemokratische Kandidaten auf ihre Liste nehmen würden.

Und da die bürgerlichen Parteien zwei Sozialdemokraten acceptierten, erschienen auch zwei bürgerliche Kandidaten auf der sozialdemokratischen Liste. Und darin hat die Neue Zürcher Zeitung recht: wenn von beiden Seiten der Kampf „um's Ganze“ geführt worden, die Massen wären eher an die Urne zu bringen gewesen. Jedenfalls kann aber angefaßt der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Kandidaten zwar durchschnittlich um 200 Stimmen hinter den Stimmengruppen von 1899 zurückblieben, daß aber der Rückgang der bürgerlichen nicht geringer, sondern höher ist, von einer schweren Niederlage der sozialdemokratischen Partei keine Rede sein.

Ueber die allgemeinen Ursachen der geringen praktischen Erfolge der sozialdemokratischen Partei habe ich in meinem summarischen Artikel über die Nationalratswahlen gesprochen. Diese Ursachen: Majorz, Wahlkreisgeometrie, Mangel an großen, die Masse bewegenden Fragen etc. sind auch im ersten eidgenössischen Wahlkreis wirksam gewesen.

Aber es kam hier noch ein besonderes Moment hinzu, das nun in der bürgerlichen Presse ebenfalls benutzt wird, um die Behauptung von einer schweren Niederlage der sozialdemokratischen Partei zu stützen.

Die sozialdemokratische Partei hatte den Wahlkampf unter einem Zeichen eröffnet, das taktisch vielleicht das ungünstigste war, das sie wählen konnte. Sie hatte in ihrer Wählerversammlung eine Resolution gefaßt, worin sie den 300 Genfer Genossen, die sich geweigert hatten, beim Generalstreik in Genf dem militärischen Aufgebot Folge zu leisten, feierlich ihrer **S o c h a c t u n g u n d S y m p a t h i e** versicherte und gleichzeitig die Parteigenossen der ganzen Schweiz aufforderte, im gegebenen Falle das Beispiel der Genfer Genossen **n a c h z u a h m e n**. Die bürgerliche Presse, die um eine zügige Wahlparole verlegen war, stürzte sich mit Feuereifer auf diese Resolution, die sie als eine „Verherrlichung der Fahnenflucht“, als einen Versuch zur Wehrlosmachung der Schweiz denunzierte. Und es ist über allen Zweifel erhaben, daß auch viele Arbeiter, die sonst der sozialdemokratischen Liste zugestimmt hätten, durch diese Fegekopfsche gemacht wurden und zu Hause blieben. Um so bedeutsamer aber ist die Tatsache, daß trotz der wüsten Hege, die in der gesamten bürgerlichen Presse nach der „Wiediker Resolution“ losging, und trotz aller anderen ungünstig wirkenden Faktoren die sozialdemokratischen Stimmengruppen nur ganz unwesentlich zurückgingen. Die 8000 Bürger, welche den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen gaben, haben als überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie gestimmt; die „Mittläufer“

sind zu Hause geblieben. Man mag daher, wenn man das Hauptgewicht auf den augenblicklichen Erfolg legt, die Wiediker Resolution als „untaktisch“ bedauern; von einem höheren politischen Gesichtspunkte aus betrachtet ist sie eine **T h a t**, die, daran ist nicht zu zweifeln, durch ihre klärende Kraft in der Folge auch von praktischem Nutzen für die sozialdemokratische Partei sein wird.

Deutsches Reich.

Heinrich Rickert 4.

Soeben meldet der Telegraph, daß der Reichstagsabgeordnete Heinrich Rickert, über dessen Befinden in den letzten Tagen mehrfach ungünstige Nachrichten auftauchten, heute früh ¼7 Uhr verschieden ist.

In der politischen Laufbahn Heinrich Rickerts spiegelt sich ein gutes Stück der Komödie der liberalen Irrungen und Wirrungen in Deutschland wieder. Rickert stammte aus Danzig, der alten Hochburg des liberalen Gedankens schon in vormärzlicher Zeit, wo die freigedante Bürgerschaft der westpreussischen Handelsstadt mit dem radikalen Liberalismus der ostpreussischen Städte Hand in Hand ging. Der Anfang seiner politischen Wirksamkeit fällt in die Zeit der Reaktion, wo er in Danzig zunächst eine lokal beschränkte Thätigkeit auf kommunalem Gebiet entfaltete und das liberale Programm als Leiter der Danziger Zeitung journalistisch vertrat. Von einer politischen Thätigkeit größeren Stils hat er sich damals ferngehalten; sein Name spielte weder in Nationalvereinen noch in den Jahren des preussischen Verfassungskonflikts eine Rolle; erst mit dem Jahre 1870 wurde er in das preussische Abgeordnetenhaus und 1874 in den deutschen Reichstag gewählt, wo er sich der national-liberalen Partei anschloß.

Bei dem doppelten Bruch, den der Liberalismus in der Folgezeit durchmachte, steht der Name Heinrich Rickert beibe Male an der Spitze der Sezessionen. Als Bismarck 1879 die Hochschutzzollpolitik einführte und das Gros der national-liberalen Partei diese grundsätzliche wirtschaftliche Schwankung gefolgsam mitmachte, that Heinrich Rickert nicht mit; der Vertreter der westpreussischen Handelsstadt wollte den liberalen Grundgedanken auch in der Wirtschaftspolitik nicht preisgeben wissen; unter seiner Führung sprengte sich damals der linke Flügel von der national-liberalen Partei ab und gründete die liberale Vereinigung. Je schärfer die Bismarcksche Politik in der Folgezeit nach rechts abrückte, um so gründlicher wurde dieses neue Parteiarbilde nach links abgedrängt, und 1884 kam es zu einer Fusion beider freisinniger Fraktionen, des Rickertschen und des Rickertschen Flügels, in der deutschfreisinnigen Partei.

Die Herrlichkeit sollte nicht allzu lange dauern. Raum verspürten die liberalen Rickertschen Staatsmänner nach dem Sturze Bismarcks wieder ein Eichen grönländischen Sonnenscheins, als ihre allergetreueste Opposition wie Butter vor der Sonne zusammenschmolz. Die Capribische Politik der Handelsverträge hatte die Freisinnshelden Rickertscher Couleur tief gerührt; als 1893 die neue Militärvorlage auftauchte, glaubten die um Rickert einer so liberalen Regierung ihre Unterstützung nicht verlagern zu dürfen, und trennten sich schon vor Beginn des Wahlkampfes von der Rickertschen Unentwegtheit ab. Der bürgerliche Liberalismus marschierte und schlug wieder in drei Haufen, die verbündetermaßen von rechts und links aufgerieben wurden und nur auf den Krüden der Gegner in den Reichstag humpelten.

Fortan blieb das Rickertsche Fähnlein eine interessante Spielart des liberalen Gedankens. In allen Flotten- und Militärfragen schlugen sich die Rickertschen Staatsmänner auf die Seite der Nationalliberalen, in wirtschaftspolitischen Fragen verstärkten sie den Rickertschen Heldentroph. Je mehr das Kapital in seinen verschiedenen Funktionen als Industrie- und Handelskapital, als Börsen- und Bankkapital und als gewerbliches Kapital auseinandertrat, um so schärfer traten die Interessengegensätze innerhalb der verschiedenen Gruppen des Bürgertums heraus und führten ganz naturgemäß zur Gründung verschiedener liberaler Fraktionen. Die jüngste Schöpfung der Rickertseite war der Handelsvertragsverein, der sich, wie schon sein Name besagt, die Fortsetzung der Capribischen Wirtschaftspolitik zum Ziele gesetzt hat und, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, Handelsverträge um jeden Preis erstrebt, sei es auch, daß er dabei die Brotwucherpolitik in Kauf nehmen müßte.

So endet auch diese Spielart des liberalen Gedankens

Pastor Grütinger trat auf die Kanzel. Sie lag dem Kriebow'schen Stuhle gerade gegenüber.

Erich von Kriebow war in den letzten Jahren nicht allzu oft in seine Kirche gekommen. Höchstens wenn er mal mit Freunden während der Jagdsaison in Grabenhagen gewesen war, hatte man sich's des Sonntags, wo sich der Sport ja sowieso verbot, zum Zeitvertreib gemacht, den Gottesdienst zu besuchen. Die Kirche mit ihren Antiquitäten, zu denen auch die quietische Orgel gerechnet wurde, war nun einmal eine der Sehenswürdigkeiten von Grabenhagen. Nachmittags hatte man dann den Pastor und den Lehrer eingeladen, und je nachdem man gelangt war, sich in Scherz und Ernst mit ihnen unterhalten.

Das war in des Grabenhägers „toller Zeit“ gewesen. Inzwischen hatte sich sein Geschmaç verändert; er bildete sich selbst etwas darauf ein, daß er gesehter geworden, und daß er sich der Pflichten eines Hausvaters bewußt sei. Zu diesen Pflichten gehörte auch, daß man das Ansehen der Kirche und ihrer Diener unterstützte.

Nun war seit etwa zwei Jahren ein neuer Pfarrer da. Erich war, als die Grabenhäger Stelle durch den Tod des früheren Geistlichen erledigt und neu ausgeschrieben worden, gerade in Wien bei der Legation gewesen. Es war mitten im Karneval, und die Pfarrwahl in der fernen Heimat erschien dem gesellschaftlich stark in Anspruch genommenen jungen Offizier als eine Angelegenheit von ziemlich nebensächlicher Bedeutung. Er glaubte seiner Pflicht als Patron vollaus Genüge gethan zu haben, als er einen Bericht des Grabenhäger Gemeindevorstandes über die Probepredigten und die Wünsche der Gemeinde durchgesehen hatte. Da der Bericht — von der Hand des alten Klinguth geschrieben — einen gewissen

Pastor Grütinger lobte und dem Patron anheimstellte, diesem seine Stimme zuzuwenden, zögerte Kriebow keinen Augenblick, sein Votum für Grütinger in die Wagchale zu werfen.

Erich's günstige Ansicht über seinen Kandidaten sollte aber bald darauf erschüttert werden, als er in Berlin Graf Wieten traf, einen Freund und Altersgenossen seines Vaters, den angesehensten Mann des Kreises. Graf Wieten, der neben vielen anderen Aemtern auch das eines Mitgliedes der Provinzialsynode inne hatte, rief eines Tages im Klub den jungen Grabenhäger zu einer vertraulichen Unterredung bei Seite, und teilte ihm da über Pastor Grütinger Dinge mit, die Kriebow aufs unangenehmste überraschten. Danach war der neue Pfarrer ein Mann von „unsicherer Gesinnung“, der in seiner vorigen Stelle bereits von der Kirchenbehörde eine Verwarnung wegen „propagandistische Thätigkeit“ erhalten habe, kurz, eine „kompromittierte Persönlichkeit“.

Kriebow bedauerte natürlich aufs lebhafteste, daß er sich nicht genauer unterrichtet hatte, ehe er dem Manne die Stelle zuwandte. Aber nun war es zu spät, jetzt war Pastor Grütinger einmal eingeführt. Inbessenden den Rat des alten Grafen Wieten: „dem Pastor auf die Finger zu sehen“ und ihn bei der geringsten Unbotmäßigkeit anzuzeigen, hatte sich Kriebow wohl hinter die Ohren geschrieben. Bisher jedoch hatte er nichts Unrechtes an ihm entdecken können; allerdings war der Grabenhäger in der letzten Zeit auch so gut wie gar nicht dazu gekommen, sich um die kirchlichen Dinge in Grabenhagen zu kümmern. Aber auch damit sollte es jetzt, wo er die Fügeln der Regierung selbst in die Hand genommen, besser werden. Er sah der Predigt des Geistlichen daher mit einiger Spannung entgegen.

Alles sprach und sprühte an dem kleinen blaffen Manne: das bewegliche Nienenpiel, die durchdringenden Augen, die kurzen abgehakten Westen, die sich wie Hammerschläge ausnahmen, mit denen er seine Worte hart machen wollte.

Kriebow war den salbungsvollen Ton des Amtsvorgängers gewöhnt, der weder sich selbst noch seine Zuhörer aufzuregen liebte. Zwischen ihm und dem herrschaftlichen Kirchenstuhle hatte immer ein äußerster freundschaftliches Verhältnis bestanden. Das ging so weit, daß der Geistliche, wenn er auf die Kanzel trat, zunächst dem Patron seine Verbeugung machte. Wenn aber der selbige Landesdirektor, der das lange Predigen nicht liebte, ein bestimmtes Zeichen machte, dann schloß der Prediger seinen Sermon.

Der neue Pastor schien weit entfernt von solcher Zurückkommenheit. Sein Auftreten hatte durchaus nicht Respektvolles an sich.

Kriebow war nicht im Stande, der Predigt große Aufmerksamkeit zu schenken. Zu vieles ging ihm im Kopfe herum. Daß diese Tulebeits auch gerade da sein mußten, wo er das erste Mal mit seiner Frau zur Kirche ging! Würde Märchen sich bei der einen Frage begnügen, die sie vorher nach Nochen Tulebeits gestellt hatte. Und wenn nicht, was sollte man ihr sagen? Lügen mußte man. Die Wahrheit durfte sie nicht erfahren. Und es war so schwer, sie zu belügen; sie hatte so klare Augen.

Es verdroß ihn zu sehen, daß seine Damen diesem Pastor offenbar große Aufmerksamkeit schenkten. Mara saß da mit geröteten Wangen und leuchtenden Augen, ließ sich kein Wort von der Predigt entgehen. Und Frau von Lenkstädt gab durch Kopfnicken an besonderen Kraftstellen ihren Beifall zu erkennen. (Fortf. folgt.)